

## **Verwaltungsgericht entscheidet: Bodensee-Schilder für 30 km/h müssen weg**

Bewohner am Bodensee müssen 30 km/h-Tempo-Schilder entfernen. Verwaltungsgericht entscheidet über langjährigen Rechtsstreit.

## **Gericht entscheidet über Geschwindigkeitsbegrenzungen mit Folgen für die Gemeinschaft**

Ein kürzlich gefälltes Urteil des Verwaltungsgerichts Freiburg könnte weitreichende Auswirkungen auf die Anwohner der Halbinsel Hori im Bodenseekreis haben. Die Entscheidung, selbstgestaltete Schilder mit einer freiwilligen Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h entfernen zu müssen, betrifft nicht nur die betroffenen Grundstückseigentümer, sondern wirft auch grundlegende Fragen zur Verkehrssicherheit in der Region auf.

## **Hintergrund der Entscheidung**

Die strittigen Schilder waren Teil einer lokalen Initiative, die 2021 von der Grünen-Vereinigung ins Leben gerufen wurde. Diese Initiative sollte dazu beitragen, den Verkehr sicherer zu gestalten, den Lärm zu reduzieren und den Klimaschutz zu fördern. Die Schilder, die Wörter wie „Freiwillig“ beinhalteten und das Design der offiziellen Geschwindigkeitsbegrenzung nachahmten, führten zu einem Rechtsstreit, nachdem das Landratsamt Bodenseekreis deren Entfernung anordnete. Die

Anwohner, unterstützt von der Deutschen Umwelthilfe (DUH), wandten sich gegen diese Entscheidung und erhofften sich durch Bürgerklagen eine wegweisende juristische Klärung.

## **Reaktionen der Bewohner**

Die betroffenen Anwohner sehen in der Entfernung der Schilder eine Einschränkung ihrer Bemühungen um eine sicherere und lebenswertere Umgebung. "Wir wollten lediglich auf die Gefahren hinweisen, die durch den Verkehr in unserer Gemeinde entstehen," so ein betroffener Anwohner. Viele Bürger äußern, dass die offizielle Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h nicht ausreiche, um die Sicherheit, insbesondere von spielenden Kindern, zu gewährleisten. Die Idee eines freiwilligen Limits prägt das Bewusstsein für die Gefahren im Straßenverkehr.

## **Konsequenzen und zukünftige Schritte**

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Bürger haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Berufung beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg einzulegen. Diese Frist eröffnet den Anwohnern die Chance, weiter für ihre Vision einer sichereren Straße zu kämpfen. "Wir müssen jetzt zusammenhalten und möglicherweise sogar über neue Ansätze nachdenken", fügt ein weiterer Anwohner hinzu.

## **Bedeutung der Entscheidung**

Die Thematik der Verkehrssicherheit und Geschwindigkeitsbegrenzungen ist nicht nur ein lokales, sondern ein gesellschaftlich relevantes Thema. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts verdeutlicht, wie private Initiativen auf bürokratische und rechtliche Hürden stoßen können. Die Diskussion über freiwillige Geschwindigkeitsbegrenzungen könnte auch in anderen Kommunen aufgegriffen werden, was zu einem überregionalen Trend in Richtung mehr Bürgerbeteiligung und Sicherheit im Straßenverkehr führen könnte.

**Lesen Sie auch:**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**